ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Brachinger, Hans Wolfgang; Schubert, Renate

Article — Digitized Version

Rationale Wirtschaftspolitik: Eine Fiktion?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Brachinger, Hans Wolfgang; Schubert, Renate (1987) : Rationale Wirtschaftspolitik: Eine Fiktion?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 5, pp. 263-268

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136280

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Rationale Wirtschaftspolitik: eine Fiktion?

Hans Wolfgang Brachinger, Renate Schubert, Tübingen/Darmstadt

Voraussetzung einer rationalen Wirtschaftspolitik ist nach herkömmlicher Ansicht die korrekte oder möglichst korrekte Erfassung der ökonomischen Realität. Muß angesichts dieses Anspruchs rationales wirtschaftspolitisches Handeln als Fiktion abgetan werden? Was kann Wirtschaftspolitik leisten? In welchem Sinne kann sie rational sein?

Wirtschaftspolitische Probleme besitzen eine gemeinsame Grundstruktur. Diese Struktur ist durch drei konstitutive Elemente gekennzeichnet, nämlich durch bestimmte Zielvorstellungen eines Trägers der Wirtschaftspolitik, durch eine aktuelle Lage und durch gewisse wirtschaftspolitische Instrumente oder Maßnahmen. Ein wirtschaftspolitisches Problem liegt vor, wenn die aktuelle Lage von den Zielvorstellungen abweicht. Wirtschaftspolitik soll dann durch den Einsatz von Instrumenten dafür sorgen, Ziel-Lage-Diskrepanzen zu verringern.

Prominentes Beispiel für einen wirtschaftspolitischen Problembereich ist der Arbeitsmarkt[1]. Die aktuelle Beschäftigungslage weicht nach allgemeiner Ansicht von der 1967 im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" verankerten Zielvorstellung eines hohen Beschäftigungsstands ab. Der Katalog vorgeschlagener und teilweise auch praktizierter Maßnahmen zur Verringerung dieser Ziel-Lage-Diskrepanz, d. h. zur Anhebung des tatsächlichen Beschäftigungsstands, ist umfangreich. Er umfaßt Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit ebenso wie lohn-, steuer- und bildungspolitische Maßnahmen.

Wann verdient nun wirtschaftspolitisches Handeln das Prädikat „rational"? Grundsätzlich sind zwei verschiedene Interpretationen des Rationalitätsbegriffs von Bedeutung. In Anlehnung an Max Weber kann rational im Sinne von zweckrational verstanden werden. Wirtschaftspolitik ist in diesem Sinne dann rational, wenn vorgeschlagene wirtschaftspolitische Maßnahmen geeignet sind, Ziel-Lage-Diskrepanzen abzubauen. In der Literatur wird nachdrücklich auf die Gefahr hingewiesen, die diese Definition mit sich bringt[2]. Sie läßt nämlich den konkreten Inhalt der Zielvorstellungen offen. Rationale Wirtschaftspolitik droht zum kritiklosen Lieferanten zielkonformer Maßnahmen zu werden.

Wirtschaftspolitik hat es jedoch letztlich stets mit übergeordneten Werten wie Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu tun und sollte einem umfassenden System gesellschaftlicher Grundziele verpflichtet sein[3]. Wirtschaftspolitik kann daher in einem zweiten Sinn als rational bezeichnet werden, wenn sie sich an Zielen orientiert, die einem solchen System von Grundzielen angehören. Die Erörterung rationaler Wirtschaftspolitik in diesem zweiten Sinn beinhaltet somit die Diskussion von Fragen der kollektiven Zielfindung und der inhaltlichen Ausgestaltung gesellschaftlicher Ziele. Diese Diskussion soll hier jedoch nicht geführt werden. Wir beschränken uns auf das Problem der Abgabe konkreter wirtschaftspolitischer Handlungsempfehlungen bei vorgegebenen übergeordneten Zielen. Rationalität wird im folgenden im Sinne von Zweckrationalität verstanden.

Dr. Hans Wolfgang Brachinger, 35, ist Akademischer Rat in der Abteilung Ökonometrie und Statistik der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Dr. Renate Schubert ist Hochschulassistentin am Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Hochschule Darmstadt.

[1] Vgl. hierzu etwa das Jahresgutachten 1986/87 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1986, S. 49, S. 66 ff., S. 115 ff. und S. 148 ff.

[2] Vgl. etwa Erwin von Beckerath: Politik und Wirtschaft: Ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?, in W. G. Hoffmann (Hrsg.): Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 13, Berlin 1957, S. 28 ff.

[3] Vgl. etwa Robert A. Dahl und Charles E. Lindblom: Sieben Grundziele der Gesellschaftsgestaltung, in G. Gäfgen (Hrsg.): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Köln, Berlin 1966, S. 211 ff.

Voraussetzung für eine rationale Wirtschaftspolitik in diesem Sinne ist zunächst das Vorliegen eines gesellschaftlichen Wertesystems und daraus abgeleiteter wirtschaftspolitischer Zielvorstellungen. Ein Träger der Wirtschaftspolitik kann zweckrationale Maßnahmen systematisch nur dann bestimmen, wenn er aktuelle Ziel-Lage-Diskrepanzen korrekt festzustellen imstande ist. Zweckrationales Handeln erfordert eine zutreffende Identifizierung der Ursachen dieser Diskrepanzen. Schließlich muß ein Träger der Wirtschaftspolitik über eine richtige Prognose der künftigen Entwicklung der Ziel-Lage-Diskrepanzen verfügen, denn wirtschaftspolitisches Handeln bedeutet stets Handeln in eine ungewisse Zukunft.

Gehört etwa ein hoher Beschäftigungsstand zum gesellschaftlichen Zielsystem, so müßte ein Wirtschaftspolitiker, der das gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktproblem in rationaler Weise angehen will, das Ausmaß der Unterbeschäftigung und deren Ursachen korrekt feststellen. Weiter müßte er die künftige Entwicklung dieser Ursachen zutreffend vorhersehen. Ist angesichts dieser Erfordernisse rationale Wirtschaftspolitik überhaupt machbar, oder muß sie eine Fiktion bleiben?

Das Diagnose- und Prognoseproblem

Grundlage rationaler Wirtschaftspolitik ist die Auffassung, daß es „wahre" Lagen und „wahre" Ursachen dieser Lagen, d. h. ein eindeutiges ökonomisches Realsystem gibt. Dieses Realsystem ist in aller Regel unbekannt. Unter dieser Prämisse ist nunmehr zu prüfen, ob die Erfordernisse rationaler Wirtschaftspolitik in der Praxis befriedigt werden können.

Man kann davon ausgehen, daß in jeder Gesellschaft ein übergeordnetes Wertesystem und daraus abgeleitete Zielvorstellungen vorliegen. Um korrekte Analysen, Diagnosen und Prognosen von Ziel-Lage-Diskrepanzen durchführen zu können, muß der Träger der Wirtschaftspolitik dann eine Modellierung des zugrunde liegenden, aber unbekannten ökonomischen Realsystems vornehmen. Modellierung bedeutet das Erstellen eines Bündels von Annahmen über ein ökonomisches Realsystem. Modellierung umfaßt einerseits Operationalisierungen vorhandener Ziel-Lage-Diskrepanzen, d. h. Operationalisierung der zu erklärenden Phänomene. Andererseits beinhaltet Modellierung Operationalisierungen der Ursachen, d. h. der diese Diskrepanzen erklärenden Phänomene. Unter Operationalisierung eines Phänomens versteht man dabei die Festlegung einer direkt beobachtbaren, meßbaren Variablen, die als Indikator dieses Phänomens betrachtet wird. Schließlich umfaßt Modellierung die Spezifizierung von Zusammenhängen zwischen zu erklärenden und erklärenden Phänomenen. Das Ziel der Modellierung besteht darin, die betrachteten „wahren" ökonomischen Phänomene und Zusammenhänge korrekt wiederzugeben.

Bezogen auf das Arbeitsmarktproblem ist zunächst eine Operationalisierung der Zielvorstellung „hoher Beschäftigungsstand" erforderlich. Als meßbare Variable kommt etwa die amtliche Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbspersonen in Frage. Es sind aber auch andere meßbare Variable für das Phänomen „hohe Beschäftigung" oder „Vollbeschäftigung" denkbar, etwa die Zahl der offenen Stellen, die Zahl der Kurzarbeiter oder der Anteil der tatsächlich geleisteten an den maximal möglichen Arbeitsstunden in der Volkswirtschaft. Anschließend ist der gewünschte Wert oder Wertebereich der meßbaren Variablen festzulegen, z. B. eine Arbeitslosenquote von weniger als 2 %. Durch eine Gegenüberstellung mit dem tatsächlich beobachteten Wert der meßbaren Variablen kann schließlich die Ziel-Lage-Diskrepanz operational beschrieben werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Christian Langer

WORLD TRADE AND PRODUCTION

Methodology and Tables in ISIC

DIN A 4 , 337 Seiten, 1986, brosch. DM 89,– ISBN 3-87895-319-4

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Dann sind mögliche Ursachen für das Arbeitsmarktproblem, etwa zu hohe Lohnkosten, zu niedrige Gütern achfrage, unpassende Ausbildung oder persönliche Merkmale von Beschäftigten, als erklärende Phänomene zu identifizieren. Diese Phänomene sind schließlich dadurch zu operationalisieren, daß für sie ebenfalls meßbare Variable festgelegt und deren Werte beobachtet werden. Im Anschluß daran sind dann die Zusammenhänge zwischen zu erklärenden und erklärenden Variablen genauer anzugeben. Man könnte etwa davon ausgehen, daß eine positive Differenz zwischen dem Anstieg der durchschnittlichen realen Entlohnung und dem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität – ceteris paribus – einen Anstieg der Arbeitslosenquote bewirke.

Unüberbrückbare Diskrepanz

Eine praktische Umsetzung des Ziels einer korrekten Wiedergabe „wahrer" Phänomene und Zusammenhänge erscheint grundsätzlich nicht möglich. Eine korrekte Wiedergabe eines ökonomischen Realsystems würde nämlich ein isomorphes, d. h. strukturidentisches Abbild der Realität bedeuten. Eine derartige Modellierung sorgte jedoch einerseits nicht für eine Vereinfachung des komplexen Realsystems und setzte andererseits die genaue Kenntnis des zugrunde liegenden Realsystems voraus. Hätte man diese aber, würde sich eine Modellierung erübrigen.

Darüber hinaus besitzen die zu operationalisierenden Phänomene idealtypischen Charakter im Sinne Max Webers. Diese Phänomene stellen nämlich Idealisierungen dar, die in dieser Form in der realen Welt nicht vorkommen[4]. Operationale Indikatoren stellen hingegen statistische Gattungsbegriffe dar. Hartwig hat darauf hingewiesen, daß zwischen idealtypischen Begriffen und statistischen Gattungsbegriffen eine grundsätzlich unüberbrückbare Diskrepanz besteht[5]. Jeder idealtypische Begriff kann durch eine Vielzahl von statistischen Gattungsbegriffen operationalisiert werden. Jeder statistische Gattungsbegriff ist zwar präzise, erfaßt aber nur einen Teilaspekt eines idealtypischen Phänomens.

Das oben erwähnte Ziel einer hohen Beschäftigung und eine zu erklärende Ziel-Lage-Diskrepanz auf dem Arbeitsmarkt stellen Beispiele idealtypischer Phänomene dar. Möglichkeiten operationaler Indikatoren für diese Phänomene wurden oben angegeben. Jeder dieser Indikatoren stellt einen statistischen Gattungsbegriff dar, der präzise meßbar ist und zur Konkretisierung des Phänomens Beschäftigung dienen kann. Jeder dieser Gattungsbegriffe erfaßt aber nur einen speziellen Teilaspekt des Phänomens Beschäftigung, indem er beispielsweise an der Registrierung von Arbeitslosen, an gemeldeten offenen Stellen, an gemeldeter Kurzarbeit oder an der Produktionskapazität ansetzt. Keiner dieser statistischen Begriffe kann alleine für das Phänomen Beschäftigung stehen, und keiner der Begriffe kann bei der Operationalisierung des idealtypischen Phänomens Beschäftigung ausgeschlossen werden. Eine eindeutige Zuordnung eines statistischen Gattungsbegriffs zu einem idealtypischen Begriff ist offenbar nicht möglich.

Problematisches Adäquationsprinzip

Angesichts der Problematik einer korrekten Wiedergabe eines Realsystems wird das Modellierungsziel aus pragmatischen Gründen üblicherweise dahingehend abgeschwächt, daß nicht mehr eine korrekte, sondern nur mehr eine „möglichst korrekte" Wiedergabe des Realsystems verlangt wird. Der Anspruch isomorpher Modellierung wird reduziert auf den Anspruch homomorpher, d. h. strukturähnlicher Abbildung des Realsystems. Der Vorteil homomorpher gegenüber isomorpher Modellierung besteht darin, daß sie eher durchführbar erscheint und dafür sorgt, daß das Modell einfacher ist als das Original.

Außerdem wird nicht mehr eine Übereinstimmung von idealtypischem Phänomen und statistischem Gattungsbegriff verlangt. Gefordert wird vielmehr, statistische Gattungsbegriffe so festzulegen, daß die Diskrepanz zum betrachteten Phänomen möglichst klein wird[6]. Durch diese Forderung ist das sogenannte Adäquationsprinzip gekennzeichnet[7]. Gemäß diesem Adäquationsprinzip wäre etwa beim Arbeitsmarktproblem von den oben erwähnten vier statistischen Gattungsbegriffen Arbeitslosenquote, Zahl der offenen Stellen, Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitsstundenquote bei der Modellierung derjenige auszuwählen, der dem Phänomen Beschäftigung am nächsten kommt.

Aber auch eine praktische Umsetzung des abgeschwächten Modellierungsziels erscheint problematisch. Letztlich setzt nämlich auch homomorphe Modellierung die Kenntnis des zu modellierenden Realsystems voraus, denn nur unter dieser Voraussetzung kann die Strukturähnlichkeit einer Abbildung beurteilt werden. Diese Voraussetzung ist aber in der Regel nicht

[4] Vgl. Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 2. Auflage 1951, S. 191 ff.

[5] Vgl. Heinrich Hartwig: Naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Statistik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 112. Band (1956), S. 261.

[6] Vgl. Heinrich Hartwig, a.a.O., S. 261 f.

[7] Vgl. Günter Menges: Die Statistik, Wiesbaden 1982, S. 91.

erfüllt, und wenn sie erfüllt wäre, wäre Modellierung überflüssig.

Darüber hinaus ist die Realisierung des Adäquationsprinzips nicht ohne weiteres möglich. Zum einen liegt diesem Prinzip die Vorstellung zugrunde, eine bestimmte „Diskrepanz" zu minimieren. Jede derartige Minimierungsvorschrift kann aber nur ausgeführt werden, wenn ihr ein präziser Abstandsbegriff zugrunde liegt. Abgesehen davon, daß man sich bei der Formulierung des Adäquationsprinzips über einen präzisen Abstandsbegriff üblicherweise ausschweigt, müßten Abstände zwischen idealtypischen und statistischen Gattungsbegriffen, also etwa zwischen Beschäftigung und Arbeitslosenquote gemessen werden. Diese Begriffsarten sind jedoch grundsätzlich nicht vergleichbar.

Verschwommene Begriffe

Zum anderen sind idealtypische Begriffe in aller Regel intuitiv und vage. Für eine unmittelbare Adäquation durch den Statistiker sind sie zu verschwommen. Die Festlegung adäquater statistischer Gattungsbegriffe wird erst dann möglich, wenn der Statistiker sich an ökonomischen Präzisierungen idealtypischer Begriffe orientieren kann. Derartige Präzisierungen stellen aber den Ökonomen vor ein ökonomisches Adäquationsproblem, bei dem sich ähnliche Fragen auftun wie beim statistischen Adäquationsproblem. Es ist also am Ökonomen, eine inhaltliche Präzisierung etwa von hoher Beschäftigung oder Vollbeschäftigung vorzunehmen. Hierfür kommt beispielsweise Gleichgewicht am Arbeitsmarkt im Sinne der Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage in Betracht. Denkbar wäre aber auch eine ökonomische Adäquation von Vollbeschäftigung im Sinne des Erreichens des maximal möglichen Produktionsoutputs in einer Volkswirtschaft oder einer Arbeitslosigkeit im Ausmaß der natürlichen Arbeitslosigkeit, die mit beliebigen Inflationsraten vereinbar ist. Dieses Beispiel macht deutlich, daß eine eindeutige „Übersetzung" idealtypischer Begriffe in ökonomischen Variablen im Regelfall nicht möglich ist. Vielmehr sind wegen der Vagheit idealtypischer Phänomene, also etwa des Phänomens Vollbeschäftigung, stets verschiedene ökonomische Präzisierungen ein und desselben idealtypischen Phänomens denkbar.

Weder das Ziel der korrekten noch das der möglichst korrekten Wiedergabe eines ökonomischen Realsystems erscheint somit praktikabel. Im Lichte dieses Anspruchs muß daher rationale Wirtschaftspolitik als Fiktion erscheinen. Was kann Wirtschaftspolitik dann noch leisten? Wann und in welchem Sinn könnte sie dennoch rational sein?

Aus der Argumentation der letzten Abschnitte folgt, daß rationale Wirtschaftspolitik nur dann möglich erscheint, wenn die Ziele der korrekten bzw. möglichst korrekten Wiedergabe eines ökonomischen Realsystems in geeigneter Weise modifiziert werden. Wie könnte eine derartige Modifikation aussehen?

Strukturgebende Modellierung

Bretzke hat im Zusammenhang mit entscheidungstheoretischen Fragestellungen darauf hingewiesen, daß der abbildtheoretische Modellbegriff in eine Sackgasse führt[8]. Dieser Modellbegriff beinhalte nämlich nicht mehr als eine einfache Reproduktion eines vorgegebenen ökonomischen Realsystems. Diese Reproduktion sei in der Praxis aber nicht zu leisten. Deshalb schlägt Bretzke alternativ einen konstruktivistischen oder strukturgebenden Modellbegriff vor. Ein Modell ist nicht mehr als Rekonstruktion eines vorgegebenen ökonomischen Realsystems zu denken, sondern vielmehr als Konstruktion einer neuen Struktur, die weniger komplex ist als ein vorgegebenes Realsystem[9].

Modellierung ist für rationale Wirtschaftspolitik unerläßlich. Ziel der Modellierung ist gemäß dem strukturgebenden Modellbegriff alternativ zur korrekten bzw. möglichst korrekten Abbildung des ökonomischen Realsystems die Strukturierung dieses Realsystems. Diesem Ziel liegt die Vorstellung zugrunde, daß ein Träger der Wirtschaftspolitik nicht mit einer strukturierten Realität konfrontiert ist, die er nur möglichst gut abbilden soll, sondern daß er es mit einer unstrukturierten Realität zu tun hat, der durch die Modellierung eine gewisse Struktur gegeben werden soll.

Wie steht es nun mit der praktischen Umsetzbarkeit dieses modifizierten Modellierungsziels? Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn an die Stelle der Modell-Auswahlkriterien „korrekt" bzw. „möglichst korrekt" ein Auswahlkriterium tritt, das an den strukturgebenden Modellierungsbegriff angepaßt ist. Ein derartiges Kriterium kann etwa die „Nützlichkeit" oder die „Zweckmäßigkeit" eines Modells sein[10]. Nützlichkeit bzw. Zweckmäßigkeit eines Modells soll dabei bedeuten, daß der Modellbenutzer darauf vertraut, daß dieses Modell für seine Zwecke gut geeignet ist.

[8] Vgl. Wolf-Rüdiger Bretzke: Der Problembezug von Entscheidungsmodellen, Tübingen 1980, S. 28 ff.

[9] Vgl. Wolf-Rüdiger Bretzke, a.a.O., S. 35.

[10] Vgl. Heiner Müller-Merbach: Die Konstruktion von Planungsmodellen, in: Operations Research Proceedings 1984, Berlin, Heidelberg 1985, S. 644.

Ohne Kenntnis der Ziele im Einzelfall ist eine Festlegung dessen, was nützlich ist, nicht möglich. Zu den notwendigen Bedingungen für die Nützlichkeit eines Modells können aber allgemein etwa Einfachheit, Robustheit gegenüber Benutzungsfehlern, leichte Handhabbarkeit, Aufnahmefähigkeit für weitergehende Information oder für neue Ziele sowie Relevanz gerechnet werden[11]. Darüber hinaus sollten die Modellergebnisse eines nützlichen Modells inhaltlich plausibel sein und vom Modellbenutzer aufgrund seiner Intuition, seines Erfahrungshorizonts sowie seines Lernens anhand des Modells akzeptiert werden können[12].

Mehrere Möglichkeiten

Ein Träger der Wirtschaftspolitik hat in der Regel verschiedene Möglichkeiten der Modellierung eines betrachteten ökonomischen Realsystems. Will er eine nichtwillkürliche, konkrete Handlungsempfehlung zur Verringerung einer bestimmten Ziel-Lage-Diskrepanz abgeben, so muß er eine dieser Modellierungsalternativen auswählen. Bei strukturgebender Modellierung hat er die nützlichste Modellierungsalternative zu wählen.

Kehren wir zum Beispiel der Modellierung des Arbeitsmarktproblems zurück. Eine an der Nützlichkeit orientierte Modellierung läßt zu, daß unterschiedliche Träger der Wirtschaftspolitik unterschiedliche Modellierungen vornehmen. Der eine mag ein Modell als besonderes nützlich einschätzen, das zu hohen Reallöhnen besonders große Erklärungskraft zumißt. Ein anderer mag ein Modell als besonders nützlich ansehen, in dem mangelnder Güternachfrage die Hauptrolle zukommt.

Die praktische Umsetzung des auf Nützlichkeit gerichteten Modellierungsziels erfordert also nicht mehr die ausschließliche Orientierung an einem „wahren" und objektiv gegebenen Referenzsystem. Sie verlangt von einem Träger der Wirtschaftspolitik vielmehr eigenständige Ideen und Entwürfe sowie schöpferisches und spekulatives Denken. Die alltägliche Praxis der Wirtschaftspolitik zeigt, daß dieser Anspruch erfüllbar ist.

Im Rahmen strukturgebender Modellierung ist insbesondere auch die Operationalisierung idealtypischer ökonomischer Begriffe unter dem Aspekt der Nützlichkeit zu sehen. Bei der ökonomischen Adäquation kommt es nicht mehr auf eine eindeutige, sondern auf eine im Sinne der jeweiligen Fragestellung nützliche „Übersetzung" idealtypischer Begriffe in ökonomische Variable an. Auch dieser Anspruch erscheint praktikabel. Unterschiedliche Träger der Wirtschaftspolitik werden sich, je nach ihren Erfahrungen, Überzeugungen und Zielen, etwa für unterschiedliche der oben erwähnten Möglichkeiten der ökonomischen Adäquation von Vollbeschäftigung entscheiden. Die strukturgebende Modellierung ermöglicht also ein Wechselspiel ökonomischer und statistischer Argumente, das den gesamten Adäquationsprozeß von einem idealtypischen Phänomen wie etwa „Vollbeschäftigung" bis hin zu einem statistischen Gattungsbegriff wie etwa „amtliche Arbeitslosenquote" erleichtert.

Eine Neu-Interpretation

Wenn also das strukturgebende Modellierungsziel praktisch umsetzbar erscheint, wie hat man dann rationale Wirtschaftspolitik zu interpretieren? Die traditionelle Interpretation von rationaler Wirtschaftspolitik im Sinne einer Empfehlung „richtiger" Maßnahmen zur Verringerung von Ziel-Lage-Diskrepanzen ist mit dem praktikablen Konzept strukturgebender Modellierung nicht mehr vereinbar. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind nur aus nützlichen Modellen abzuleiten.

Wirtschaftspolitisches Handeln bezieht sich aber stets auf eine ungewisse Zukunft. Daher ist die Bestimmung der nützlichsten Modellierungsalternative nicht ohne weiteres möglich. Ein heute nützliches Modell mag morgen seine Nützlichkeit bereits eingebüßt haben. Was kann nun künftige Nützlichkeit einer Modellierungsalternative bedeuten?

Die Nützlichkeit einer Modellierungsalternative in einer bestimmten Zeitperiode hängt von der jeweiligen Konstellation gewisser modellexterner Größen ab. Ein Modell etwa, das gesamtwirtschaftliche Arbeitsmarktprobleme vor allem durch zu hohe Reallöhne erklärt, kann nur dann nützlich sein, wenn im betrachteten Zeitraum die durchschnittliche Reallohnerhöhung tatsächlich über der durchschnittlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegt. Ob diese Situation vorliegt, hängt etwa ab von der konjunkturellen Lage, vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad und davon, inwieweit Löhne von Unternehmerseite als Produktivitätsanreiz eingesetzt werden.

Die künftige Konstellation solcher, modellexterner Größen ist einem Träger der Wirtschaftspolitik in aller Regel nicht mit Sicherheit bekannt. Häufig wird er allerdings Einschätzungen darüber abgeben können, welche künftigen Konstellationen er für wahrscheinlicher

[11] Vgl. John D. C. Little: Models and Managers: The Concept of a Decision Calculus, in: Management Science, 17. Band (1970), S. B-466 ff.; und S. I. Gass, L. S. Joel: Concepts of Model Confidence, in: Computer and Operations Research, 8. Band (1981), S. 343 ff.

[12] Vgl. Christoph Schneeweiss: Hypothesen- und Entscheidungsvalidierung im Prozeß der Modellbildung, in: Operations Research Proceedings 1984, Berlin, Heidelberg 1985, S. 404.

hält als andere, ohne daß er dies in präzisen Wahrscheinlichkeitswerten ausdrücken kann. Besitzt ein Träger der Wirtschaftspolitik derartige partielle Wahrscheinlichkeitsinformation, kann er für die künftige Konstellation modellexterner Größen, die er als die wahrscheinlichste (als „quasi-sicher") ansieht, die beste, d. h. die nützlichste Modellierungsalternative suchen. Weiter kann er für weniger wahrscheinliche, aber dennoch relevante künftige Konstellationen modellexterner Größen die Nützlichkeit jeder Modellierungsalternative mit der Nützlichkeit der im quasi-sicheren Fall besten Modellierungsalternative vergleichen.

Als künftig nützlich kann nun eine Modellierungsalternative gelten, die zunächst für die quasi-sichere Konstellation modellexterner Größen hinreichend nützlich ist, d. h. eine gewisse Mindest-Nützlichkeit gewährleistet. Darüber hinaus ist eine künftig nützliche Modellierungsalternative dadurch charakterisiert, daß ihre Nützlichkeit gegenüber Abweichungen von der quasi-sicheren Konstellation stabil ist. Eine künftig nützliche Modellierungsalternative ist also im quasi-sicheren Fall nicht unbedingt die nützlichste, dafür aber bei Abweichungen künftiger Konstellationen von der quasi-sicheren Konstellation immer noch „ziemlich" nützlich. Rationales wirtschaftspolitisches Handeln bedeutet auf der Grundlage dieser Überlegungen nunmehr, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen empfohlen werden, die aus einem künftig nützlichen Modell abgeleitet sind.

Bescheidener Anspruch

Derartige Maßnahmen können dem traditionellen Korrektheitsanspruch rationaler Wirtschaftspolitik nicht gerecht werden. Sie mögen jedoch dem bescheideneren Anspruch, „falsche" Wirtschaftspolitik möglichst weitgehend zu vermeiden, genügen. Die Wahrscheinlichkeit einer Vergrößerung von Ziel-Lage-Diskrepanzen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist bei Verwendung künftig nützlicher Modelle vergleichsweise gering, weil bei der Auswahl derartiger Modelle im Gegensatz zur herkömmlichen Modellauswahl eine ganze Palette künftig möglicher Konstellationen modellexterner Größen berücksichtigt wird.

Wirtschaftspolitisches Handeln auf der Basis eines künftig nützlichen Modells kann auch eine Verstetigung der Wirtschaftspolitik bedeuten. Stellt man Abweichungen der künftigen Konstellationen modellexterner Größen von der quasi-sicheren fest, ist keine sofortige Veränderung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen erforderlich, zumindest solange nicht, wie die tatsächliche Konstellation zu den für relevant gehaltenen gehört.

Rationale Wirtschaftspolitik im hier vorgeschlagenen Sinn empfiehlt wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verringerung von Ziel-Lage-Diskrepanzen, die mit möglichst geringen Kosten für eine Volkswirtschaft verbunden sind. Kosten können dabei durch Schäden infolge „falscher" Maßnahmen oder durch häufige Anpassungen entstehen. Wenn eine „richtige" Wirtschaftspolitik nicht möglich ist, weil es sie gar nicht geben kann, muß es als rational bezeichnet werden, eine „falsche" Wirtschaftspolitik mit hohen Schäden oder Anpassungskosten möglichst zu vermeiden. In diesem Sinne braucht rationale Wirtschaftspolitik keine Fiktion zu bleiben, sondern kann als machbar gelten.

Zu den wichtigsten Bedingungen für die Realisierung einer rationalen Wirtschaftspolitik auf der Grundlage des strukturgebenden Modellbegriffs gehört zweierlei: Eine gute Kenntnis relevanter ökonomischer Modellierungsmöglichkeiten sowie eine fundierte Beurteilung der Nützlichkeit verschiedener Modellalternativen. Hinsichtlich Modellierungsfähigkeit und Nützlichkeitsbeurteilung sind insbesondere auch die Wirtschaftstheoretiker auf den Plan gerufen. Ihre Aufgabe wird insbesondere bei der ökonomischen Adäquation idealtypischer Phänomene deutlich. Ohne eine intensive und ernsthafte Kooperation von Wirtschaftstheoretikern, Wirtschaftsstatistikern und Wirtschaftspolitikern scheint eine rationale Wirtschaftspolitik im hier beschriebenen Sinn nicht möglich zu sein.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Dipl.-Vw. Ira Lanz, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62306/307

VERTRIEB:
manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,– (Studenten: DM 48,–)

VERLAG UND HERSTELLUNG:
Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.